

 **Bundesministerium**
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Bericht gem. § 3 Abs. 5 COVID-19-FondsG

des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und
Konsumentenschutz an den zuständigen Ausschuss des Nationalrats über das
Kalenderjahr 2023 (Jänner bis August 2023)

Wien, im Oktober 2023

COVID-19-FondsG-Berichterstattung

Berichtszeitraum: Jänner bis August 2023

Der aktuelle Bericht stellt die laufende Vollzugsmeldung bis zum August 2023 in der bewährten Form der tabellarischen Übersichten dar.

1. UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine veranschlagten Mittel im BFG 2023 12.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Bei den folgenden gemeinnützigen Organisationen, die im Jahr 2021 im Rahmen der ARR 2014 Förderungen erhalten haben, erfolgte nach Abrechnung im Jahr 2023 die Rückzahlung von nicht anerkannten Fördermitteln:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser • pro mente Oberösterreich – Gesellschaft für psychische und soziale Gesundheit • Verband der österreichischen Tafeln • Kriseninterventionszentrum • Berufsverband Österreichischer Psychologinnen und Psychologen • Verein PatInnen für alle – Patenschaften für Kinder und Jugendliche in Familien und Fremdenbetreuung • Die möwe Kinderschutz gemeinnützige GmbH • AFYA: Verein zur interkulturellen Gesundheitsförderung • Gemeinsam – Verein Initiative Interkulturelle Arbeit <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9% der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der</p>

	sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.	
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes von den angeführten NGO's rücküberwiesen (Beträge in €):	
		Vormonate Juli und August 2023
	Summe	-510.853,66 0,00
	Gesamt	-510.853,66

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine veranschlagten Mittel im BFG 2023 12.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Bei den folgenden gemeinnützigen Organisationen, die im Jahr 2021 im Rahmen der ARR 2014 Förderungen erhalten haben, erfolgte nach Abrechnung im Jahr 2023 die Rückzahlung von nicht anerkannten Fördermitteln:</p> <ul style="list-style-type: none"> • neunerhaus – Hilfe für obdachlose Menschen • Verband der österreichischen Tafeln • Footprint – Betreuung, Freiraum und Integration für Betroffene von Frauenhandel und Gewalt • Hilfswerk Österreich <p>Sämtliche Förderungen werden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche • Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie • Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie • Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit <p>Gesetzliche Grundlage: Die Erstellung der Inhalte der Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ erfolgte auf Grundlage der zwischen dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz im Oktober 2020 geschlossenen Vereinbarung im Rahmen des COVID-19-Gesetz-Armut, wonach 20 Mio. € aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds für Projektförderungen an gemeinnützige Organisationen zur Milderung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID -19 Pandemie auf armuts- und ausgrenzungsgefährdete Personen verwendet werden sollen.</p>
Materielle Auswirkungen	Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9% der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig an Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind.

	Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.		
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes von den angeführten NGO's rücküberwiesen:		
		Vormonate	Juli und August 2023
	Summe	- 261.545,04	-98.650,89
	Gesamt	-360.195,93	

Titel	Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte (DB 21.01.04.00)									
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine veranschlagten Mittel im BFG 2023 20.000.000,00 € im Jahr 2022 ausbezahlt									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>An Personen, die vor Ausbruch der COVID-Pandemie in mehr als einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis standen (§ 471f ASVG) oder fallweise beschäftigt waren (§ 33 Abs. 3 ASVG) und mit ihrem Gesamteinkommen über die monatliche Geringfügigkeitsgrenze kamen, werden, als nachträglicher Ersatz für durch die COVID-19-Pandemie verursachte Einkommensausfälle, Förderungen aus dem Härtefallfonds ausgezahlt, sofern eine wirtschaftlich signifikante Bedrohung (Härtefall) vorliegt.</p> <p>Die Dotierung erfolgt durch den COVID-19-Krisenbewältigungsfonds und die Abwicklung im Auftrag des BMSGPK durch die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz über die Errichtung eines Härtefallfonds (Härtefallfondsgesetz), BGBl. I Nr. 16/2020, idF BGBl. I Nr. 170/2022</p>									
Materielle Auswirkungen	Mit den Zuwendungen leistet der Bund einen Beitrag zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in einkommensschwachen Haushalten.									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Im Rahmen des Härtefallfonds wird der WKÖ ein Betrag in Höhe von maximal 83.000.000 € aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für die Gewährung von Förderungen zur Verfügung gestellt. Die erste Tranche in Höhe von 20.000.000 € wurde im September 2022 vom BMSGPK an die WKÖ ausgezahlt.</p> <p>Folgende Zahlung wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes von der WKÖ rücküberwiesen (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juli und August 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>0,00</td><td>- 16.700.000,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">- 16.700.000,00</td></tr></table> <p>Die Endabrechnung des Programms soll bis zum Ende des Jahres 2023 vorgenommen werden.</p>		Vormonate	Juli und August 2023	Summe	0,00	- 16.700.000,00	Gesamt	- 16.700.000,00	
	Vormonate	Juli und August 2023								
Summe	0,00	- 16.700.000,00								
Gesamt	- 16.700.000,00									

2. UG 24 – Gesundheit

Titel	Kosten Epidemiegesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	400.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 sind bestimmte klar definierte Kosten aus dem Bundesschatz zu bestreiten. Kostenersätze gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950, im Zusammenhang mit COVID-19, wurden allen Bundesländern sowie der AGES gewährt. Die Vollziehung des Epidemiegesetzes erfolgt in den Bundesländern in mittelbarer Bundesverwaltung nach Art. 102 B-VG.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 COVID-19-ScreeningV (BGBl. II Nr. 142/2022)</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Kostenersätze gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz sind im Berichtszeitraum gemäß folgender littera aus dem Bundesschatz bestritten worden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Kosten von Screeningprogrammen nach § 5a; b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen; d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17); f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohner:innen verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24); g) die Gebühren der Epidemieärzt:innen (§ 27); i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32) n) die Kosten für die Beauftragungen nach § 5 Abs. 4 und § 27a. <p>Kostenersätze für die Ausstellung von Zertifikaten zum Nachweis der Durchführung eines Tests auf eine Infektion, einer überstandenen Infektion und einer Schutzimpfung gem. §§ 4b bis § 4e Epidemiegesetz 1950</p> <p>Kostenersätze für die Durchführung des Abwassermonitorings (Maßnahme nach § 5a Epidemiegesetz)</p> <p><u>Anmerkung:</u> Mit BGBl I Nr. 69/2023 laufen die für die Pandemie relevanten Sonderregelungen des Epidemiegesetzes aus, wurden aufgehoben bzw. in Regelstrukturen übergeführt. Die Kostenersatzpflicht des Bundes für Sachverhalte die vor dem 30.06.2023 stattgefunden haben, bleibt weiterhin aufrecht.</p>

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes aufgrund des § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 getätigt (Beträge in €):		
		Vormonate	Juli und August 2023
	§36(1) a Screeningprogramme	162.248.141,63	28.773.885,48
	§36(1) b Untersuchungen	71.655.762,14	6.414.445,78
	§36(1) d Absonderung v. Personen	547.416,00	0,00
	§ 36(1) f Verkehrseinschränkungen	0,00	0,00
	§36(1) g Gebühren f. Epidemie- ärzt:innen	1.873.290,70	2.100,00
	§ 36 (1) i Verdienstentgang	475.849.945,44	77.869.246,71
	§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	19.694.543,58	176.268,33
	Zertifikate Epidemiegesetz	259.795,37	78.149,34
	Sonst. Aufwendungen AGES	469.565,64	43.231,55
	Summe	732.598.460,50	113.357.327,19
	Gesamt	845.955.787,69	

Kosten Epidemiegesetz 2023

2023 - gesamt Epidemiegesetz													
Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2023													
(Beträge in €)													
Zahlungen gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberöstr.	Niederöstr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	Abwasser	UnWien	Österreich
a) Screenings	117.295.419,87	4.244.430,76	4.046.528,02	40.754.778,94	247.100,00	12.565.634,00	7.959.507,05	1.332.110,00	226.230,20	1.068.125,35	1.126.737,92	155.425,00	191.022.027,11
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	52.654.856,40	2.941.496,53	3.499.868,37	5.771.552,55	0,00	1.042.807,94	958.123,46	4.669.946,34	3.084.432,19	3.447.124,14	0,00	0,00	78.070.207,92
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	391.573,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	155.842,26	0,00	0,00	0,00	0,00	547.416,00
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
g) die Gebühren der Epidemieleute	91.628,95	0,00	77.846,17	509.566,00	0,00	57.462,94	64.022,98	1.074.843,66	0,00	0,00	0,00	0,00	1.875.390,70
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	88.275.090,18	54.259.103,22	103.649.431,90	164.650.001,58	181.058,50	69.228.754,94	13.376.950,28	39.928.246,16	20.170.555,39	0,00	0,00	0,00	553.719.192,15
n) § 7a Beauftragungen	1.082.743,91	290.432,26	7.007.663,41	1.544.261,88	0,00	1.462.501,07	583.745,56	6.868.320,88	287.137,93	764.005,01	0,00	0,00	19.870.811,91
Impfzertifikate Epidemiegesetz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	337.944,71	0,00	0,00	337.944,71
AGES sonstiger Aufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	512.797,19	0,00	0,00	512.797,19
Summe Zahlungen 2023	259.791.313,05	61.735.462,77	118.281.337,87	213.230.180,95	428.158,50	84.357.160,89	22.942.349,33	54.029.309,30	23.748.355,71	6.129.996,40	1.126.737,92	155.425,00	845.955.787,69

Titel	Umsetzung der 3G-Regelung (genesen, getestet und geimpft) durch Screeningportal „Österreich testet“, E-Impfpass und Grüner Pass (DB 24.01.01.00)																		
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	400.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)																		
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Um allen COVID-19 Getesteten, Genesenen und Geimpften eine rasche Rückkehr in den Alltag zu ermöglichen, wurde sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene ein einheitlich gestalteter Nachweis (Grüner Pass) geschaffen.</p> <p>Ebenso ist der E-Impfpass wesentlich an der Funktionsweise des Grünen Passes beteiligt.</p> <p>Als drittes Element in diesem Kontext ist auch der Betrieb des Screeningportal „Österreich testet“ anzuführen, um auch die getesteten Personen zu erfassen.</p> <p>Um eine Kompatibilität zwischen allen angeführten Systemen zu gewährleisten sowie die Ausfallsicherheit und die Anfragekapazitäten zu erhöhen, sind hier Aufwendungen in den Bereichen Entwicklung und IT Infrastruktur notwendig.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 und COVID-19-Maßnahmengesetz</p> <p><u>Anmerkung:</u> Mit BGBl I Nr. 69/2023 laufen die für die Pandemie relevanten Sonderregelungen des Epidemiegesetzes aus, wurden aufgehoben bzw. in Regelstrukturen übergeführt. Die Kostenersatzpflicht des Bundes für Sachverhalte die vor dem 30.06.2023 stattgefunden haben, bleibt weiterhin aufrecht.</p>																		
Materielle Auswirkungen	Betrieb des Grünen Passes zum Nachweis der Immunität gegen SARS-CoV 2																		
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juli und August 2023</td></tr><tr><td>Österreich testet</td><td>4.696.845,24</td><td>0,00</td></tr><tr><td>e-Impfpass</td><td>62.879,60</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Grüner Pass</td><td>1.490.551,16</td><td>1.135.262,61</td></tr><tr><td>Summe</td><td>6.250.276,00</td><td>1.135.262,61</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">7.385.538,61</td></tr></table>		Vormonate	Juli und August 2023	Österreich testet	4.696.845,24	0,00	e-Impfpass	62.879,60	0,00	Grüner Pass	1.490.551,16	1.135.262,61	Summe	6.250.276,00	1.135.262,61	Gesamt	7.385.538,61	
	Vormonate	Juli und August 2023																	
Österreich testet	4.696.845,24	0,00																	
e-Impfpass	62.879,60	0,00																	
Grüner Pass	1.490.551,16	1.135.262,61																	
Summe	6.250.276,00	1.135.262,61																	
Gesamt	7.385.538,61																		

Titel	Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	200.000.000,00 € veranschlagt Von den im Dezember 2021 getätigten Vorauszahlungen für bereits vorgelegte Abrechnungen wurden im Berichtszeitraum 724.881.180,11 € abgerechnet. Die Tabelle auf Seite 14 gibt Aufschluss über die bisher im Berichtszeitraum erfolgten Abrechnungen und deren Verwendung.
Beschreibung der Maßnahmen	Für bestimmte den Ländern entstandene und klar definierte, zusätzlich aufgrund der COVID-19-Krise entstandene Aufwendungen leistet der Bund einen Zweckzuschuss. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss an die Länder aufgrund der COVID-19-Krise (COVID-19-Zweckzuschussgesetz) zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 206/2022
Materielle Auswirkungen	Zweckzuschüsse nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz werden auf Antrag der Länder für nachfolgend genannte Kategorien gewährt: <ul style="list-style-type: none"> ◦ §1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung im Zeitraum März 2020 bis Dezember 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten für die telefonische Gesundheitsberatung unter der Rufnummer 1450 sowie für telefonische Gesundheitsberatungen mit gleicher Ausrichtung wie die Rufnummer 1450 im Zeitraum März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler im Zeitraum Dezember 2020 bis März 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 5 – Alle im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandenen Kosten, wie Infrastrukturkosten sowie Recruiting- und Schulungskosten, im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 und ◦ §1 Abs. 1 Z. 6 – für den administrativen Aufwand im Zusammenhang mit nach den Bestimmungen des § 5 und des § 5a Epidemiegesetz 1950 angeordneten und nach der Verordnung gemäß § 5a Epidemiegesetz 1950 durchzuführenden Testungen im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1a – Bevölkerungsweite Testungen bis 31. März 2022 <ul style="list-style-type: none"> ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten - §1a Z 2 ◦ davon Aufwandsentschädigungen, die von den Ländern und Gemeinden an nicht hauptberuflich tätige unterstützende Personen gewährt werden - §1a Z 5 ◦ §1b – Bevölkerungsweite Impfkationen bis Juni 2023 <ul style="list-style-type: none"> ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten- §1b Z 3 ◦ §1c – COVID-19-Tests in Apotheken, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 31. März 2022

	<ul style="list-style-type: none">◦ §1d – Abgabe COVID-19-Selbsttests, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten◦ §1e – Mehraufwand Rettungs- und Krankentransportdienste bis 31. Dezember 2022◦ §1f - Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)																																										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes gemäß COVID-19-Zweckzuschussgesetz getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><th></th><th>Vormonate</th><th>Juli und August 2023</th></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung</td><td>4.998.672,50</td><td>6.698.627,09</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche</td><td>254.407,44</td><td>3.513.412,84</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler</td><td>0,00</td><td>152.155,62</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten</td><td>0,00</td><td>47.298,32</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen</td><td>1.336.249,93</td><td>3.427.882,11</td></tr><tr><td>§1a – Bevölkerungsweite Testungen</td><td>9.864.011,54</td><td>5.776.558,54</td></tr><tr><td>§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen</td><td>18.112.411,68</td><td>-296.939,34</td></tr><tr><td>§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>33.350,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>17.900,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen</td><td>0,00</td><td>562.222,55</td></tr><tr><td>§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>34.617.003,09</td><td>19.881.217,73</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">54.498.220,82</td></tr></table> <p>Minusbeträge bei Auszahlungen sind auf Rücküberweisungen bzw. Korrekturen in den Ländern zurückzuführen.</p> <p>Zusätzlich sind zu diesen Beträgen 193.191,28 € an Kosten für die externe Prüfung der Abrechnungen der Länder durch die Buchhaltungsagentur des Bundes für das Jahr 2023 hinzuzurechnen.</p>		Vormonate	Juli und August 2023	§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	4.998.672,50	6.698.627,09	§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	254.407,44	3.513.412,84	§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	0,00	152.155,62	§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	0,00	47.298,32	§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	1.336.249,93	3.427.882,11	§1a – Bevölkerungsweite Testungen	9.864.011,54	5.776.558,54	§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen	18.112.411,68	-296.939,34	§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	33.350,00	0,00	§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	17.900,00	0,00	§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	0,00	562.222,55	§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	0,00	0,00	Summe	34.617.003,09	19.881.217,73	Gesamt	54.498.220,82	
	Vormonate	Juli und August 2023																																									
§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	4.998.672,50	6.698.627,09																																									
§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	254.407,44	3.513.412,84																																									
§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	0,00	152.155,62																																									
§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	0,00	47.298,32																																									
§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	1.336.249,93	3.427.882,11																																									
§1a – Bevölkerungsweite Testungen	9.864.011,54	5.776.558,54																																									
§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen	18.112.411,68	-296.939,34																																									
§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	33.350,00	0,00																																									
§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	17.900,00	0,00																																									
§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	0,00	562.222,55																																									
§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	0,00	0,00																																									
Summe	34.617.003,09	19.881.217,73																																									
Gesamt	54.498.220,82																																										

Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz 2023

2023 - gesamt Zweckzuschussgesetz

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2023 (beträge in €)											
Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich	
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	218.662,86	310.790,77	0,00	7.664.710,06	0,00	1.781.644,46	1.426.737,06	-2.462,62	297.217,00	11.697.299,59	
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	0,00	725.477,99	0,00	578.072,61	0,00	0,00	254.407,44	2.209.862,24	0,00	3.767.820,28	
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	152.155,62	152.155,62	
§1 Abs. 1 Z5 Kosten iZH mit 1450	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	47.298,32	0,00	47.298,32	
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand iZH mit §5 EpiG Untersuchungen	-218.662,86	3.729.384,67	0,00	3.235.432,63	34.113,37	27.900,30	1.707.845,04	-2.849.817,79	-902.063,32	4.764.132,04	
Testungen - gesamt	0,00	0,00	0,00	9.473.508,43	1.509.187,65	0,00	203.415,59	4.454.458,41	0,00	15.640.570,08	
davon:											
§1a Z1 bevölkerungsweite Testungen: Kosten (ohne Überstunden und	0,00	0,00	0,00	9.473.508,43	1.509.187,65	0,00	203.415,59	4.454.458,41	0,00	15.640.570,08	
§1a Z2 bevölkerungsweite Testungen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
§1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Impfstellen - gesamt	61.139,95	177.945,83	7.022,50	16.646.052,47	24.883,12	30.000,00	1.187.526,52	-735.878,75	416.780,70	17.815.472,34	
davon:											
§1b > §1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne Überstunden	61.139,95	177.945,83	7.022,50	16.646.052,47	24.883,12	30.000,00	1.187.526,52	-735.878,75	416.780,70	17.815.472,34	
§1b > §1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
§1b > §1a Z5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiwillige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	0,00	33.350,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	33.350,00	
§1d COVID-19-Selbsttest, Abgabe in Apotheken, KFA	0,00	17.900,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.900,00	
§1e Mehraufwand Rettungsorganisationen	0,00	253.890,00	0,00	274.770,00	0,00	-2.347,45	0,00	0,00	35.910,00	562.222,55	
§1f Ao. Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Zahlungen 2023	61.139,95	5.248.739,26	7.022,50	37.872.546,20	1.568.184,14	1.837.197,31	4.779.931,65	3.123.459,81	0,00	54.498.220,82	

Verbrauch der im Jahr 2021 geleisteten Akontozahlung

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer Verbrauch Akonto											Akonto
(Beträge in €)											
Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich	
\$1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	2.128.427,96	3.767.543,02	6.514.687,60	11.258.868,87	4.893.428,40	15.080.352,81	4.412.360,39	7.548.916,48	530.690,03	56.135.275,56	
\$1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	3.439.814,47	1.124.092,06	619.443,56	945.876,99		775.124,98	149.042,58	1.728.277,72	1.117.455,01	9.899.127,37	
\$1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	8.871.191,24		686.544,55	45.517,00	85.739,01	157.923,02	300.111,65		172.009,95	10.319.036,42	
\$1 Abs. 1 Z5 Kosten iZH mit 1450	116.098,72	346.228,12	87.023,72		47.388,62	132.604,93	32.458,01	28.932,43	5.854,55	796.589,10	
\$1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwands iZH mit §5 EpiG Untersuchungen	5.595.481,87	5.336.077,71	1.256.545,86	10.756.759,21	2.603.907,10	6.834.276,72	7.865.815,72	517.284,52	3.419.739,17	44.185.887,88	
Testungen - gesamt	40.492.165,99	13.674.810,60	98.482.022,45	42.996.203,91	12.870.217,10	98.078.611,07	5.396.996,56	113.265.198,00	6.268.923,79	431.525.149,47	
davon:											
\$1a Z1 bevölkerungsweite Testungen: Kosten (ohne Überstunden und											
\$1a Z2 bevölkerungsweite Testungen: zusätzliche Überstunden von	40.492.165,99	13.327.279,22	98.482.022,45	42.996.203,91	12.862.597,10	97.029.939,75	5.169.544,17	113.265.198,00	6.268.923,79	429.893.874,38	
\$1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige		81.562,38			-8.190,00	1.048.671,32	68.722,25			1.190.765,95	
Impfstellen - gesamt:	22.912.608,02	1.502.457,2100	11.216.486,9700	291.467,2900	5.754.191,0700	49.073.413,6300	12.327.239,1800	9.216.375,1800	6.204.852,9100	118.499.091,46	
davon:											
\$1b->\$1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne											
\$1b->\$1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	22.912.608,01600	1.221.685,75	11.216.486,97	291.467,29	5.754.191,07	41.782.928,10	1.986.017,55	8.442.784,68	4.836.015,41	98.444.184,84	
\$1b->\$1a Z5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiwillige		280.771,46					2.183.138,50			2.183.138,50	
\$1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	1.806.560,20	92.425,00	3.561.530,29			7.290.485,53	8.158.083,13	773.590,50	1.368.837,50	17.871.768,12	
\$1d COVID-19-Selbsttest, Abgabe in Apotheken, KFA	603.918,67	75.430,00	720.043,97			984.310,00	0,00	464.306,68		6.909.132,17	
\$1e Mehraufwand Rettungsorganisationen		250.000,00	441.134,28	2.693.703,41	714.345,40	1.164.437,36	1.701.900,00		207.795,78	1.585.702,64	
\$1f Ao. Zuwendungen			13.093.700,00	10.943.500,00	1.451.000,00		4.270.024,00	5.627.147,82	2.467.500,00	7.173.316,23	
Summe	85.966.267,13	26.169.063,72	136.679.163,25	79.931.896,68	28.420.216,70	172.467.364,52	36.455.948,09	138.396.438,83	20.394.821,19	724.881.180,11	
Akontozahlung	85.966.267,13	26.169.063,72	154.797.983,14	79.931.896,68	28.420.216,70	172.467.364,52	36.455.948,09	138.396.438,83	20.394.821,19	743.000.000,00	
Akonto Rest	0,00	0,00	18.118.819,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18.118.819,89	

Titel	Ankauf Selbsttests zur Abgabe in Apotheken (DB 24.01.01.00)										
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Die Bedeckung erfolgt vorerst durch Mittel des COVID-19-Zweckzuschussgesetzes.										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Öffentliche Apotheken sind berechtigt für die Dauer der COVID-19-Pandemie SARS-CoV-2-Antigentests abzugeben.</p> <p>Die Beschaffung der Antigentests erfolgt über den Bund (BMSGPK), die Tests werden den Apotheken zur Verfügung gestellt.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742b ASVG, BGBl. I Nr. 22/2022</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Gemäß der Neuausrichtung der Teststrategie werden seit April 2022 SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung der österreichischen Bevölkerung kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Beschaffung der Tests erfolgt durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die BBG.</p> <p>Im Zeitraum von April 2022 bis Juni 2023 wurden insgesamt rund 61,5 Mio. Selbsttests vom BMSGPK bestellt. Außerdem wurden seitens des Landes Oberösterreich 1 Mio. Stück kostenlos zur Verfügung gestellt. Somit beträgt die Gesamtsumme an Tests rd. 62,5 Mio. Stück.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie rund 188,4 Mio. Stück Selbsttests vom BMSGPK angekauft.</p>										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Restzahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes für den Ankauf der Selbsttests getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <tr> <td></td><td>Vormonate</td><td>Juli und August 2023</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>5.703.417,50</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">5.703.417,50</td></tr> </table>			Vormonate	Juli und August 2023	Summe	5.703.417,50	0,00	Gesamt	5.703.417,50	
	Vormonate	Juli und August 2023									
Summe	5.703.417,50	0,00									
Gesamt	5.703.417,50										

Titel	Freistellung und Risikoatteste gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19- Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit zur Freistellung von Arbeitnehmer:innen, geringfügig Beschäftigten und Lehrlingen, die mit höherer Wahrscheinlichkeit einen schweren Krankheitsverlauf zu befürchten haben, beschlossen (Risikogruppe). Per Verordnung des Gesundheitsministers war festzulegen, wer der Risikogruppe angehört. Die Definition erfolgte anhand von Krankheitsdiagnosen. Das Risikoattest, welches Grundlage einer Freistellung ist, ist von einer/m Ärzt:in auszustellen, wofür der/m ausstellenden Ärzt:in ein pauschales Honorar von 50 € gebührt (bzw. 20 € für Folgeatteste, die nach dem 30.6.2021 ausgestellt wurden). Seit 15.12.2021 können nur mehr jene Personen ein Risikoattest erhalten, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können, bzw. bei denen trotz dreifacher Impfung ein hohes Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf gegeben ist. Die freigestellten „Risikopatient:innen“ erhalten von den jeweiligen Arbeitgeber:innen weiterhin ihre Bezüge, die dadurch anfallenden Personalkosten werden den Arbeitgeber:innen durch die ÖGK bzw. die BVAEB für die freigestellten Risikopersonen erstattet. Die ÖGK und die BVAEB haben Anspruch auf Ersatz der daraus resultierenden Aufwendungen aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds.</p> <p>Für die Vollziehung der Landarbeiter ist die jeweilige Landesregierung an Stelle der KV-Träger zuständig. Der Bund hat den Ländern die entstehenden Aufwendungen aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 735 ASVG, § 258 B-KUVG</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>Von den Trägern erstattete und im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes vom BMSGPK erstattete Freistellungsfälle:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>06/2020 – 03/2023</td><td>54.357</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>06/2020 – 05/2023</td><td>3.870</td></tr><tr><td>Länder</td><td>06/2020 – 03/2023</td><td>23</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td></td><td>58.250</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	06/2020 – 03/2023	54.357	BVAEB	06/2020 – 05/2023	3.870	Länder	06/2020 – 03/2023	23	Gesamt		58.250
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	06/2020 – 03/2023	54.357														
BVAEB	06/2020 – 05/2023	3.870														
Länder	06/2020 – 03/2023	23														
Gesamt		58.250														

	<p>Von Ärzt:innen ausgestellte und im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes vom BMSGPK erstatte Risikoatteste:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>06/2020 – 03/2023</td><td>78.625</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>06/2021 – 05/2023</td><td>14.847</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>93.472</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	06/2020 – 03/2023	78.625	BVAEB	06/2021 – 05/2023	14.847	Gesamt		93.472						
Träger	Zeitraum	Fallzahl																	
ÖGK	06/2020 – 03/2023	78.625																	
BVAEB	06/2021 – 05/2023	14.847																	
Gesamt		93.472																	
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juli und August 2023</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>5.970.492,90</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>949.707,36</td><td>697.798,67</td></tr><tr><td>Länder</td><td>31.893,42</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>981.600,78</td><td>6.668.291,57</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">7.649.892,35</td></tr></table>		Vormonate	Juli und August 2023	ÖGK	0,00	5.970.492,90	BVAEB	949.707,36	697.798,67	Länder	31.893,42	0,00	Summe	981.600,78	6.668.291,57	Gesamt	7.649.892,35	
	Vormonate	Juli und August 2023																	
ÖGK	0,00	5.970.492,90																	
BVAEB	949.707,36	697.798,67																	
Länder	31.893,42	0,00																	
Summe	981.600,78	6.668.291,57																	
Gesamt	7.649.892,35																		

Titel	Tests in Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an <u>asymptomatischen Personen</u> gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742a ASVG, 380a GSVG, 374a BSVG und 261a B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken (bzw. nach entsprechenden Novellen in weiterer Folge auch Ärzt:innen mit Hausapotheken und Vertragsärzt:innen im niedergelassenen Bereich, Vertragsgruppenpraxen und Vertragsambulatorien sowie nach der letzten Novelle seit September 2022 nur noch Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten und Vertragsambulatorien und das nur noch unter konkreten Voraussetzungen) berechtigt, COVID-19-Test durchzuführen.</p> <p>Für die Durchführung eines Tests bezahlt der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar iHv. 25 €, womit auch Material, Auswertung, Dokumentation und die Ausstellung eines Ergebnismachweises abgedeckt sind. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742a ASVG, § 380a GSVG, § 374a BSVG und § 261a B-KUVG</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>In Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an asymptomatischen Personen durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests:</p> <table><tr><th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr><tr><td>ÖGK</td><td>02/2021-03/2022</td><td>36.981.886</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>02/2021-03/2022 09/2022-05/2023</td><td>4.205.569</td></tr><tr><td>SVS</td><td>02/2021-03/2022 09/2022-12/2022</td><td>3.251.334</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>44.438.789</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	02/2021-03/2022	36.981.886	BVAEB	02/2021-03/2022 09/2022-05/2023	4.205.569	SVS	02/2021-03/2022 09/2022-12/2022	3.251.334	Gesamt		44.438.789
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	02/2021-03/2022	36.981.886														
BVAEB	02/2021-03/2022 09/2022-05/2023	4.205.569														
SVS	02/2021-03/2022 09/2022-12/2022	3.251.334														
Gesamt		44.438.789														

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):	
		Vormonate Juli und August 2023
	ÖGK	0,00 1.152.258,50
	BVAEB	179.780,00 59.135,50
	SVS	0,00 58.984,00
	Summe	179.780,00 1.270.378,00
	Gesamt	1.450.158,00

Titel	Tests im niedergelassenen Bereich an <u>symptomatischen Patienten</u> gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742 ASVG, 380 GSVG, 374 BSVG und 261 B-KUVG sind die im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen sowie die selbständigen Vertragsambulatorien für Labormedizin für die Dauer der durch die WHO ausgerufenen COVID-19-Pandemie unter den in der entsprechenden Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genannten Voraussetzungen (BGBl. II Nr. 453/2020) berechtigt, COVID-19-Tests durchzuführen (Rechtslage bis 30.06.2023).</p> <p>Ab 1.7.2023 (BGBl. I Nr. 69/2023) wird die Durchführung von COVID-19-Tests für die Feststellung einer Infektion mit SARS-CoV-2 und für die Festlegung der weiteren Behandlungsschritte (insbesondere Verschreibung von COVID-19- Heilmitteln) weiterhin finanziert. Die im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärztinnen und Vertragsärzte, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten sowie die selbständigen Vertragsambulatorien für Labormedizin sind weiterhin berechtigt, Tests für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit SARS-CoV-2 durchzuführen. Dafür ist von den Krankenversicherungsträgern ein pauschales Honorar von 25 € zu bezahlen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742 ASVG</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>4.Qu.2020 – 3.Qu.2022</td><td>2.832.864</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>4.Qu.2020 – 4.Qu.2022</td><td>298.172</td></tr><tr><td>SVS</td><td>4.Qu.2020 – 4.Qu.2022</td><td>187.267</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>3.318.303</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	4.Qu.2020 – 3.Qu.2022	2.832.864	BVAEB	4.Qu.2020 – 4.Qu.2022	298.172	SVS	4.Qu.2020 – 4.Qu.2022	187.267	Gesamt		3.318.303
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	4.Qu.2020 – 3.Qu.2022	2.832.864														
BVAEB	4.Qu.2020 – 4.Qu.2022	298.172														
SVS	4.Qu.2020 – 4.Qu.2022	187.267														
Gesamt		3.318.303														

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):	
	Vormonate	Juli und August 2023
ÖGK	0,00	16.501.613,89
BVAEB	1.804.770,00	1.578.720,00
SVS	993.330,00	824.555,00
Summe	2.798.100,00	18.904.888,89
Gesamt	21.702.988,89	

Titel	Abgabe von Tests zur Eigenanwendung gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)																					
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																					
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken berechtigt, auf Rechnung des Krankenversicherungsträgers SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung an bezugsberechtigte Personen abzugeben. Der Krankenversicherungsträger hat pro abgegebener Packung (beinhaltet jeweils 5 Tests, von Juni bis Oktober 2021 jeweils 10 Tests, Beschaffung durch den Bund, Bedeckung durch DB 24.01.01) ein pauschales Honorar iHv. 10 € zu bezahlen. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Berichterstattung bezieht sich auf den Zeitraum von Einführung der Maßnahme im März 2021 bis Oktober 2021 (Auslaufen der Maßnahme), sowie auf den Zeitraum ab April 2022 (Wiedereinführung). Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG</p>																					
Materielle Auswirkungen	<p>Von Apotheken abgegebene und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests zur Eigenanwendung:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td rowspan="2">ÖGK</td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>12.716.388</td></tr><tr><td>04/2022 - 02/2023</td><td>9.104.718</td></tr><tr><td rowspan="2">BVAEB</td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>1.603.217</td></tr><tr><td>04/2022 - 03/2023</td><td>1.334.837</td></tr><tr><td rowspan="2">SVS</td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>1.362.435</td></tr><tr><td>04/2022 - 03/2023</td><td>953.114</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>27.074.709</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	03/2021 - 10/2021	12.716.388	04/2022 - 02/2023	9.104.718	BVAEB	03/2021 - 10/2021	1.603.217	04/2022 - 03/2023	1.334.837	SVS	03/2021 - 10/2021	1.362.435	04/2022 - 03/2023	953.114	Gesamt		27.074.709
Träger	Zeitraum	Fallzahl																				
ÖGK	03/2021 - 10/2021	12.716.388																				
	04/2022 - 02/2023	9.104.718																				
BVAEB	03/2021 - 10/2021	1.603.217																				
	04/2022 - 03/2023	1.334.837																				
SVS	03/2021 - 10/2021	1.362.435																				
	04/2022 - 03/2023	953.114																				
Gesamt		27.074.709																				
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juli und August 2023</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>46.490.714,10</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>6.167.262,00</td><td>1.310.424,50</td></tr><tr><td>SVS</td><td>3.724.031,60</td><td>1.211.222,30</td></tr><tr><td>Summe</td><td>9.891.293,60</td><td>49.012.360,90</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">58.903.654,50</td></tr></table>		Vormonate	Juli und August 2023	ÖGK	0,00	46.490.714,10	BVAEB	6.167.262,00	1.310.424,50	SVS	3.724.031,60	1.211.222,30	Summe	9.891.293,60	49.012.360,90	Gesamt	58.903.654,50				
	Vormonate	Juli und August 2023																				
ÖGK	0,00	46.490.714,10																				
BVAEB	6.167.262,00	1.310.424,50																				
SVS	3.724.031,60	1.211.222,30																				
Summe	9.891.293,60	49.012.360,90																				
Gesamt	58.903.654,50																					

Titel	Elektronischer Impfpass Software Implementierung (DB 24.02.03.00)									
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Um die Erfassung der durchgeführten Impfungen im Elektronischen Impfpass nutzerfreundlich zu gestalten und dabei auf breite Mitwirkung der Ärzteschaft zu setzen, mussten die unterschiedlichen, bereits bestehenden Softwaresysteme im niedergelassenen Bereich entsprechend adaptiert werden. Die Kosten für die Softwareimplementierung werden vom Bund übernommen.</p> <p>Jene Ärztinnen und Ärzte, Gruppenpraxen, selbstständigen Ambulatorien, die in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger stehen, sowie Primärversorgungseinheiten und öffentliche Apotheken erhalten die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten, die für die Implementierung der für den Elektronischen Impfpass notwendigen Software sowie die Anschaffung eines Scanners angefallen sind, gegen entsprechenden Nachweis durch die Österreichische Gesundheitskasse ersetzt.</p> <p>Dies gilt auch für jene Wahlärztinnen und Wahlärzte bzw. Wahl-Gruppenpraxen, die am 31. Dezember 2020 an das e-card-System angebunden waren. Die ersetzbaren Kosten sind mit maximal 1.300 € begrenzt.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 748 ASVG</p>									
Materielle Auswirkungen	<p>Refundierte Softwareimplementierungen:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1. Qu.2021- 4.Qu. 2021</td><td>4.670</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>4.670</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1. Qu.2021- 4.Qu. 2021	4.670	Gesamt		4.670
Träger	Zeitraum	Fallzahl								
ÖGK	1. Qu.2021- 4.Qu. 2021	4.670								
Gesamt		4.670								
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juli und August 2023</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>5.859.724,82</td><td>422.055,06</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">6.281.779,88</td></tr></table>		Vormonate	Juli und August 2023	ÖGK	5.859.724,82	422.055,06	Gesamt	6.281.779,88	
	Vormonate	Juli und August 2023								
ÖGK	5.859.724,82	422.055,06								
Gesamt	6.281.779,88									

Titel	Covid-19-Impfungen im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																			
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																			
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die im niedergelassenen Bereich tätigen Ärzt:innen, Gruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten sowie die selbständigen Ambulatorien sind berechtigt, Impfungen gegen SARS-CoV-2 mit dem vom Bund zur Verfügung gestellten und finanzierten Impfstoff auf Rechnung der Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB) durchzuführen. Das durch Verordnung des BMSGPK festgelegte pauschalisierte Honorar in Höhe von 15 € (seit 01.07.2023) für die Durchführung der Impfung sowie für die jeweilige Dokumentation ist von dem jeweils zuständigen Krankenversicherungsträger zu bezahlen und durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Vor dem 01.07.2023 wurden die tatsächlich angefallenen Aufwendungen der Träger aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 747 ASVG, § 384 GSVG, § 378 BSVG und § 263B-KUVG</p>																			
Materielle Auswirkungen	<p>Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Impfungen:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td><td>1.Qu.2021 – 3.Qu.2022</td><td>4.619.428</td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td>1.Qu.2021 – 1.Qu.2023</td><td>821.521</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td>1.Qu.2021 – 4.Qu.2022</td><td>725.559</td></tr> <tr> <td colspan="2">Gesamt</td><td>6.166.508</td></tr> </tbody> </table>		Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1.Qu.2021 – 3.Qu.2022	4.619.428	BVAEB	1.Qu.2021 – 1.Qu.2023	821.521	SVS	1.Qu.2021 – 4.Qu.2022	725.559	Gesamt		6.166.508			
Träger	Zeitraum	Fallzahl																		
ÖGK	1.Qu.2021 – 3.Qu.2022	4.619.428																		
BVAEB	1.Qu.2021 – 1.Qu.2023	821.521																		
SVS	1.Qu.2021 – 4.Qu.2022	725.559																		
Gesamt		6.166.508																		
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>Vormonate</th><th>Juli und August 2023</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>7.836.444,14</td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td>2.369.635,00</td><td>178.755,00</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td>740.775,00</td><td>987.035,00</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>3.110.410,00</td><td>9.002.234,14</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">12.112.644,14</td></tr> </tbody> </table>			Vormonate	Juli und August 2023	ÖGK	0,00	7.836.444,14	BVAEB	2.369.635,00	178.755,00	SVS	740.775,00	987.035,00	Summe	3.110.410,00	9.002.234,14	Gesamt	12.112.644,14	
	Vormonate	Juli und August 2023																		
ÖGK	0,00	7.836.444,14																		
BVAEB	2.369.635,00	178.755,00																		
SVS	740.775,00	987.035,00																		
Summe	3.110.410,00	9.002.234,14																		
Gesamt	12.112.644,14																			

Titel	Honorar Ausdruck Impfpass/Impfzertifikat (DB 24.02.03.00)																		
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																		
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 747 (2b) ASVG, 384 (2a) GSVG, 378 (2a) BSVG und 263 (2a) B-KUVG ist vorgesehen, dass die zuständigen Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB,) den im niedergelassenen Bereich tätigen Ärztinnen und Ärzten, den Gruppenpraxen, den Primärversorgungseinheiten, den selbständigen Ambulatorien (Leistungserbringer:innen) und den öffentlichen Apotheken unter bestimmten Voraussetzungen für Ausdrücke aus dem Elektronischen Impfpass bzw. Ausstellungen eines Impfzertifikats nach § 4e Abs. 4 Epidemiegesetz 1950 ein Honorar von 3 € bezahlen. Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.																		
Materielle Auswirkungen	<p>Bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes erstattete Ausdrücke aus dem e-Impfpass/Impfzertifikate:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>2.Qu. 2021 – 3.Qu. 2022</td><td>4.162.281</td></tr><tr><td>SVS</td><td>2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2023</td><td>473.225</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2023</td><td>566.900</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">5.202.406</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	2.Qu. 2021 – 3.Qu. 2022	4.162.281	SVS	2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2023	473.225	BVAEB	2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2023	566.900	Gesamt	5.202.406				
Träger	Zeitraum	Fallzahl																	
ÖGK	2.Qu. 2021 – 3.Qu. 2022	4.162.281																	
SVS	2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2023	473.225																	
BVAEB	2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2023	566.900																	
Gesamt	5.202.406																		
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juli und August 2023</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>214.197,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>0,00</td><td>1.040.040,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>221.646,00</td><td>16.854,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>221.646,00</td><td>1.271.091,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">1.492.737,00</td></tr></table>		Vormonate	Juli und August 2023	ÖGK	0,00	214.197,00	SVS	0,00	1.040.040,00	BVAEB	221.646,00	16.854,00	Summe	221.646,00	1.271.091,00	Gesamt	1.492.737,00	
	Vormonate	Juli und August 2023																	
ÖGK	0,00	214.197,00																	
SVS	0,00	1.040.040,00																	
BVAEB	221.646,00	16.854,00																	
Summe	221.646,00	1.271.091,00																	
Gesamt	1.492.737,00																		

Titel	COVID-19 Arzneimittel, Beratung im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																	
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																	
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG hat der Krankenversicherungsträger den im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärztinnen und Vertragsärzten, Vertragsgruppenpraxen sowie Primärversorgungseinheiten für jede Beratung einer in der Krankenversicherung anspruchsberechtigten Person im Zusammenhang mit einem Heilmittel zur Behandlung von COVID-19 ein pauschales Honorar in Höhe von zwölf Euro zu bezahlen. Der Bund hat der Versicherungsanstalt die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG																	
Materielle Auswirkungen	Von Vertragspartnern durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Beratungsgespräche: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>09/2022</td><td>34.851</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>09/2022 - 03/2023</td><td>41.060</td></tr><tr><td>SVS</td><td>09/2022 - 12/2022</td><td>13.442</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>89.353</td></tr></table>			Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	09/2022	34.851	BVAEB	09/2022 - 03/2023	41.060	SVS	09/2022 - 12/2022	13.442	Gesamt		89.353
Träger	Zeitraum	Fallzahl																
ÖGK	09/2022	34.851																
BVAEB	09/2022 - 03/2023	41.060																
SVS	09/2022 - 12/2022	13.442																
Gesamt		89.353																
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juli und August 2023</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>420.303,06</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>358.374,96</td><td>136.808,64</td></tr><tr><td>SVS</td><td>0,00</td><td>162.110,52</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">1.077.597,18</td></tr></table>				Vormonate	Juli und August 2023	ÖGK	0,00	420.303,06	BVAEB	358.374,96	136.808,64	SVS	0,00	162.110,52	Gesamt	1.077.597,18	
	Vormonate	Juli und August 2023																
ÖGK	0,00	420.303,06																
BVAEB	358.374,96	136.808,64																
SVS	0,00	162.110,52																
Gesamt	1.077.597,18																	

Titel	Bestätigung für Ausnahmegrund COVID-19-Impfpflicht gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß § 764 (1) und (2) ASVG, §396 (1) GSVG, § 390 (1) BSVG und §275 (1) B-KUVG haben die Krankenversicherungsträger für die Übermittlung einer Bestätigung über das Vorliegen des Ausnahmegrundes „Schwangerschaft“ von der COVID-19-Impfpflicht (§ 3 Abs. 1 Z 1 in Verbindung mit Abs. 4 des COVID-19-Impfpflichtgesetzes [COVID-19-IG], BGBl. I Nr. 4/2022) den Fachärztinnen und Fachärzten für Frauenheilkunde und Geburtshilfe ein pauschales Honorar in Höhe von zwölf Euro zu bezahlen. Die daraus entstehenden Aufwendungen der Träger werden aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 19.07.2022 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: §§ 764 (1) und (2) ASVG, 396 (1) GSVG, 390 (1) BSVG und 275 (1) B-KUVG (BGBl. I Nr. 30/2022)</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>Von Fachärzt:innen erteilte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Ausnahmebestätigungen von der Impfpflicht für Schwangere:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1.Qu.2022</td><td>189</td></tr><tr><td>SVS</td><td>1.Qu.2022 – 3.Qu.2022</td><td>9</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>1.Qu.2022 – 3.Qu.2022</td><td>21</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">219</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1.Qu.2022	189	SVS	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	9	BVAEB	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	21	Gesamt	219	
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	1.Qu.2022	189														
SVS	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	9														
BVAEB	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	21														
Gesamt	219															
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juli und August 2023</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>12,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>36,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">48,00</td></tr></table>		Vormonate	Juli und August 2023	ÖGK	0,00	0,00	BVAEB	12,00	0,00	SVS	36,00	0,00	Gesamt	48,00	
	Vormonate	Juli und August 2023														
ÖGK	0,00	0,00														
BVAEB	12,00	0,00														
SVS	36,00	0,00														
Gesamt	48,00															

Titel	Impfkampagne (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	301.800.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit den Corona Impfstoffen)
Beschreibung der Maßnahmen	Bis zum 30.06.2022 wurde die Impfkampagne des Bundes über die UG 10 finanziert und vom Bundeskanzleramt abgewickelt. Aufgrund interner Vereinbarungen wird die Impfkampagne des Bundes ab 01.07.2022 vom BMSGPK betreut und finanziert.
Materielle Auswirkungen	<p>Die Mittel des COVID 19-Fonds werden für eine umfassende Informationsinitiative der österreichischen Bundesregierung (in Abstimmung mit dem Roten Kreuz) zur Situation rund um das Corona-Virus (COVID-19) eingesetzt, die im März 2020 gestartet wurde. Erklärtes Ziel dieser Initiative ist eine möglichst breitenwirksame und reichweitenstarke Kommunikation der von den Bürgerinnen und Bürgern zu setzenden Maßnahmen und der von ihnen einzuhaltenden Empfehlungen der Bundesregierung, um in Österreich eine Bewältigung der mit dem Virus verbundenen Krise erreichen zu können.</p> <p>Zur Erfüllung der genannten Ziele werden tagesaktuelle Medien unterschiedlicher Art (Print,- Online-, audiovisuelle Medien etc.), ergänzt um Spezialmedien für einzelne relevante Zielgruppen-Segmente für Schaltungen genutzt. Die Planung der einzelnen Schaltungen hat – jeweils in Abhängigkeit der sich aufgrund der schnellen Verbreitung des Virus laufend ändernden Situation – flexibel und stets auf Basis der in der konkreten Situation erforderlichen Inhalte zu erfolgen. Die Erarbeitung und Umsetzung der entsprechenden Schaltpläne, die rund um das Thema COVID ein laufendes Update der inhaltlichen Botschaften enthalten, erfolgt durch die Mediaagentur Wavemaker bzw. nunmehr durch die Agentur MediaCom.</p> <p>Je nach Zielgruppe sind laufend unterschiedliche Aktivitäten in verschiedensten Medienformaten erfolgt (z.B. Print, Online, Social Media, TV, Radio etc.). Generell werden drei „Hauptzielgruppen“ unterschieden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Österreichische Gesamtbevölkerung (Erw. 18+), breite Öffentlichkeit: Information über aktuelle Maßnahmen, Handlungsanweisungen und Aufruf zu verantwortungsvollem Handeln 2. Ältere Risikogruppe (Erw. 60+), Erwachsene ab ca. 60 Jahren: Maßnahmen zum Schutz vor Ansteckung und Vermittlung des insbesondere für sie bestehenden Risikos

	<p>3. Junge Erwachsene (Millenials 20 – 35 Jahre): Appell an die eigene Verantwortung und Unterstützung der Mitmenschen und Maßnahmen</p> <p>Die vom BMSGPK finanzierte und betreute Kampagne wurde im Zeitraum von 01. Juli 2022 bis 15. Jänner 2023 geschalten.</p>									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes ausbezahlt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juli und August 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>1.599.302,63</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">1.599.302,63</td></tr></table>		Vormonate	Juli und August 2023	Summe	1.599.302,63	0,00	Gesamt	1.599.302,63	
	Vormonate	Juli und August 2023								
Summe	1.599.302,63	0,00								
Gesamt	1.599.302,63									

Titel	Informationsschreiben 3. und 4. Impfung (DB 24.03.01.00)									
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	301.800.000,00 € (gesamthft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbesteck)									
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß Impfplan Österreich wird allen Personen ab dem vollendeten 5. Lebensjahr eine 3. Impfung empfohlen. Laut Empfehlungen kann die 4. Impfung bei Personen ab dem vollendeten 12. Lebensjahr durchgeführt werden und ist jeder Person empfohlen, die sich schützen will. Für Personen ab einem Alter von 60 Jahren, Personen mit dem Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf und Personen mit einem erhöhten Expositions- und damit Infektionsrisiko ist die 4. Impfung besonders empfohlen. Um die Bereitschaft für die dritte und vierte Impfung zu erhöhen, soll ein personalisiertes Erinnerungsschreiben auf dem Postweg versandt werden. Für die 3. Impfung sollen alle Personen angeschrieben werden die älter als 18 Jahre alt sind und deren 2. Impfung mindestens 180 Tage zurückliegt. Für die 4. Impfung sollen alle Personen angeschrieben werden die älter als 60 Jahre alt sind, und deren 3. Impfung mindestens 180 Tage zurückliegt. Es ergehen keine Schreiben an Personen, die für die aktuell gem. NIG-Anwendungsempfehlung vorgesehene Impfung schon ein Erinnerungsschreiben erhalten haben.									
Materielle Auswirkungen	Für den Versand der Erinnerungsschreiben wurde die Post AG beauftragt. Hierfür wurden knapp 5,403 Mio. Versendungen vorgenommen. Das Projekt ist mit 30.06.2023 ausgelaufen.									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Restzahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juli und August 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>12.636,97</td><td>428.399,77</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">441.036,74</td></tr></table>		Vormonate	Juli und August 2023	Summe	12.636,97	428.399,77	Gesamt	441.036,74	
	Vormonate	Juli und August 2023								
Summe	12.636,97	428.399,77								
Gesamt	441.036,74									

Titel	Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	301.800.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Österreich beteiligt sich am „Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement“ um COVID-19-Impfstoffe von verschiedenen Herstellern zu beschaffen.</p> <p>Grundlage: MRV 27/44 vom 29. Juli 2020 MRV 30/17 vom 15. September 2020 MRV 47/27 vom 9. Februar 2021 MRV 58/16 vom 5. Mai 2021 MRV 8/21 vom 2. März 2022</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020 sowie Bundesgesetz, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genehmigt wird sowie Änderung des Bundesgesetzes, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 141/2021</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Das COVID-19-Impfstoffportfolio besteht derzeit noch aus Impfstoffen von vier verschiedenen Herstellern, wobei die Verträge sich in Stadien von bereits vollständig erfüllt bis laufenden Auslieferungen befinden.</p> <p>Bisher wurden rund 57 Mio. Impfstoffdosen von Österreich aus den bestehenden Verträgen abgerufen.</p> <p>Die EU hat Ende Mai 2023 in langwierigen Verhandlungen mit BioNTech-Pfizer erreicht, dass die Lieferverpflichtungen von 9,8 Mio. Impfdosen für 2023 um 4,9 Mio. reduziert wurden. Die restlichen Dosen wurden auf die Jahre 2023 (1,9 Mio.), 2024 (1,4 Mio.) und 2025 (1,6 Mio.) aufgeteilt. Mit der Zulassung des BioNTech-Pfizer COVID-19-Impfstoffes auf die Variante XBB 1.5 durch die Europäische Kommission am 31.08.2023 sind die Lieferungen mit September durch den Hersteller garantiert.</p> <p>Bis einschließlich August 2023 wurden Schenkungen an folgende Länder getätigt:</p>

	Astra-Zeneca		Dosen
	Ukraine		
	Libanon		
	Bosnien und Herzegowina		
	Tunesien		
	Costa Rica		
	Iran		
	Tadschikistan		
	Usbekistan		
	Vietnam		
	Bangladesch		
	Ghana		
	Georgien		
	COVAX		
	Gesamt		
	Johnson & Johnson		Dosen
	Burkina Faso		
	Philippinen		
	Afghanistan		
	Sudan		
	Tanzania		
	Niger		
	Gesamt		
	Moderna		Dosen
	OSZE		
	Gesamt		
	Pfizer		Dosen
	Brazilien		
	Pakistan		

	Mexiko	33.600
	El Salvador	28.800
	COVAX	19.200
	Davon an Tanzania	17.280
	OSZE	402
	Nepal	400.320
	Madagaskar	51.840
	Gesamt	2.155.602
Im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme wurden bis Ende August 2023 insgesamt 9.542.022 Dosen Impfstoffe gespendet.		
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):	
	Vormonate	Juli und August 2023
Summe	24.328.581,64	59.458.731,96
Gesamt	83.787.313,60	

Titel	Impfstofflogistik (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	301.800.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)										
Beschreibung der Maßnahmen	Übernahme, Lagerung und Verteilung von COVID-19 Impfstoffen. Die Beauftragung erfolgte an den österreichischen Pharmagroßhandel. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020										
Materielle Auswirkungen	Eine erste Beauftragung über die Impfstofflogistik von 6,1 Mio. Dosen wurde über 8,5 Mio. € erteilt. Eine Folgebeauftragung über 23,75 Mio. € im Wege der BBG wurde im Dezember 2021 durchgeführt. Ab dem 01.01.2023 steht eine weitere Folgebeauftragung mit einer Laufzeit bis 31. Mai 2025 und einem Höchstvolumen von 70 Mio. Dosen und maximal Kosten iHv. 36,2 Mio € in Kraft. Es besteht keine Verpflichtung zum tatsächlichen Abruf.										
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €): <table border="1" data-bbox="539 1173 1316 1344"> <tr> <th></th><th>Vormonate</th><th>Juli und August 2023</th></tr> <tr> <td>Summe</td><td>1.760.798,09</td><td>1.115.898,45</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">2.876.696,54</td></tr> </table>			Vormonate	Juli und August 2023	Summe	1.760.798,09	1.115.898,45	Gesamt	2.876.696,54	
	Vormonate	Juli und August 2023									
Summe	1.760.798,09	1.115.898,45									
Gesamt	2.876.696,54										

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Stubenring 1, 1010 Wien

Telefon: +43 1 711 00 – 0

Fax: +43 1 7158258

E-Mail: post@sozialministerium.at

www.sozialministerium.at

